



Peru vor den Wahlen: Die Kandidaten, mögliche Szenarien und Konsequenzen

Ekart Wild

- *Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von fast 5% und die stabilen makro-ökonomischen Daten stehen auf der positiven Seite der Bilanz der Regierung Toledo. Doch ist weder mehr Verteilungsgerechtigkeit erreicht noch sind die angekündigten Reformen gelungen.*
- *Neben den Kandidaten der drei großen Blöcke hat sich der Nationalist Ollanta Humala zu einem weiteren Mitfavoriten entwickelt.*
- *Eine politische Rückkehr des früheren Staatspräsidenten Fujimori ist nahezu ausgeschlossen.*
- *Die Zukunft der derzeitigen Regierungspartei ist ungewiss.*
- *Die linken Parteien haben zwar programmatisches Potenzial zur Modernisierung der Parteienlandschaft, doch sind sie uneinig und zersplittert.*
- *Beide aussichtsreichsten Kandidaten wären im Falle eines Sieges auf die Unterstützung anderer politischer Lager angewiesen.*

Am 9. April dieses Jahres finden in Peru Präsidentschafts- und Kongresswahlen statt. Während nach dem ersten Wahlgang die Namen der 120 Kongressmitglieder feststehen werden, ist bei der Entscheidung um die Präsidentschaft wegen der dafür notwendigen absoluten Mehrheit mit einem zweiten Wahlgang am 14. Mai zu rechnen.

Am 9. Januar ist die Einschreibefrist abgelaufen. Insgesamt sind es 24 Männer und Frauen, die den Einzug in den Palacio Pizarro (Amtssitz des Präsidenten) anstreben. Nur vier von ihnen können sich eine reelle Chance aus-

rechnen.

Während es vor einigen Wochen noch so ausgesehen hatte, als würde das Rennen zwischen den Kandidaten der drei großen Blöcke, nämlich Lourdes Flores von der "Unidad Nacional/UN", Alan García vom "Partido Aprista Peruano/APRA" und Valentín Paniagua vom "Frente de Centro" entschieden, hat sich inzwischen der Nationalist Ollanta Humala zu einem der Mitfavoriten entwickelt. Die letzten Umfrageergebnisse zum Jahresende 2005 ergeben folgendes Bild: Lourdes Flores 26%, Ollanta Humala 23%, Alan García 15% und Valentín Paniagua 12%.

Damit steht Peru vor einer ungewissen Zukunft. Würde Lourdes Flores, die Noch-Favoritin, die Wahlen gewinnen, wären die Fortsetzung der

neoliberalen Wirtschaftspolitik und die guten Beziehungen zu den USA garantiert. Letzteres würde auch für Paniagua und García gelten, im wirtschaftspolitischen Bereich würde man aber wahrscheinlich mit einigen, zum neoliberalen Glaubensgebäude gehörenden Dogmen brechen. Von Humala wäre sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Außenpolitik ein Richtungswechsel zu erwarten.

Das Erbe

Die fünfjährige Amtszeit von Präsident Toledo wird am 28. Juli 2006 zu Ende gehen. Ein bekannter Kommentator des Landes meinte kürzlich dazu, dass das Schiff wegen der ausgebliebenen überfälligen Reparaturen stark angeschlagen sei und auch viele der versprochenen Reiseziele nicht erreicht habe. Dass man aber noch aus eigener Kraft in den Hafen einlaufe, sei schon ein Erfolg. Damit ist die Bilanz auf den Punkt gebracht. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von fast 5% und die nach wie vor stabilen makro-ökonomischen Daten stehen auf der positiven Seite. Es ist aber weder gelungen, einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und damit zur sozialen Stabilität des Landes zu leisten, noch sind die zu Beginn der Amtszeit angekündigten Reformen der Justiz, des Militärs und der Sicherheitskräfte vorangekommen. Erfolgversprechende Maßnahmen gegen die Korruption wurden nicht eingeleitet. Die Dezentralisierung wurde zwar in Angriff genommen, stagniert seit zwei Jahren aber wegen der fehlenden politischen Unterstützung von Seiten der Zentralregierung. Am meisten wiegt wohl aber der Umstand, dass es unter der Regierung von Toledo nicht gelungen ist, das verlorengegangene Vertrauen in das politische System wieder zurückzugewinnen. Der Vertrauensverlust und die Frustration sind eher noch größer als zum Beginn der Amtszeit. Die neue Regierung wird also mit großen Herausforderungen konfrontiert sein.

Der Stuhl der bisherigen Favoritin gerät ins Wanken

Die aktuellen 26% geben Lourdes Flores von der „UN“ immer noch einen Vorsprung. Wenn man die Zahlen vom November in Betracht zieht, wo sie noch 30% für sich verbuchen konnte, und Ollanta Humala bei 12% lag, wird aber deutlich, dass sie sich auf diesem dünnen Polster nicht mehr ausruhen kann.

Lourdes Flores war bereits bei den letzten Wahlen im Jahre 2001 angetreten und hatte damals

die Endrunde knapp verpasst. Die Politikerin ist Vorsitzende der „PPC/Partido Popular Cristiano“ und hat Erfahrungen als Parlamentarierin. Sympathie genießt sie hauptsächlich in städtischen Gebieten und da eher bei der Mittel- als bei der Unterschicht.

Die Unternehmer des Landes finanzieren nicht nur weitgehend ihren Wahlkampf, sie haben inzwischen auch Leute ihres Vertrauens in ihrer unmittelbaren Nähe positioniert. Einer der wirtschaftspolitischen Berater ist Fritz Du Bois, der schon den Wirtschaftsministern von Fujimori zu Diensten war und als Garant dafür galt, dass die Dogmen der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht in Frage gestellt wurden. Mit Arturo Woodman als Kandidat für den 1. Vizepräsidenten hat man einen weiteren Interessensvertreter an zentraler Stelle platziert. Der Deal „Du machst die Politik, überlässt uns aber die Wirtschaft“ scheint schon im Vorfeld funktioniert zu haben. Die Kandidatin erinnerte bei jeder Gelegenheit an ihre christlich-soziale Herkunft und die Soziale Marktwirtschaft als bestimmenden Rahmen ihrer Politik. Unter „sozial“ versteht sie aber weniger Ordnungspolitik als kompensatorische Sozialprogramme. Ohne dass sie es wollte, hat einer ihrer Mitstreiter aus dem Unternehmerlager in den letzten Tagen die Marschrichtung vorgegeben: Mit viel Pathos hat dieser die Armutsbekämpfung zum Mittelpunkt des Wahlkampfes erklärt. Gleichzeitig gehörte er zu den vehementesten Gegnern einer Erhöhung des gesetzlichen monatlichen Mindestlohnes von 460 Soles (ca. 115 Euros) auf 500 Soles (ca. 125 Euros).

Valentín Paniagua, bisher schlechter als erwartet

Valentín Paniagua hatte dem Land von Ende 2000 bis Mitte 2001 als Übergangspräsident gedient und sich dabei durch eine fast tadellose Amtsführung hohes Ansehen verschafft. Noch vor einem Jahr wollten ihm 25 % der Befragten ihre Stimme geben, also doppelt so viele wie heute.

Da seine Partei, die „AP/Acción Popular“, nicht über ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen verfügt, suchte er von Anfang an eine Wahlallianz mit den Parteien der politischen Mitte. Die Gründung des „Frente de Centro“ stand aber unter keinem guten Stern. Das lange Zögern des Spitzenkandidaten und Uneinigkeit über die möglichen Mitglieder der Allianz sowie die persönlichen und politischen Eitelkeiten einiger Mitglieder sind für einen ver-

späteten Startschuss verantwortlich. Man hat dadurch einen Teil der Vorschusslorbeeren ohne Not verschenkt. Beigetreten sind außer der „AP“ „Somos Perú“ unter dem früheren Bürgermeister von Lima, Alberto Andrade. Auch Drago Kisić, ein früheres Mitglied der UN von Lourdes Flores, der als moderner Unternehmer nicht nur an den Erfolg seines Betriebes, sondern auch an die Zukunft des Landes denkt, trat ebenfalls dem Bündnis bei. Während Andrade ein gewisses Wählerpotenzial mitbringt, konnte sich die von Drago Kisić vor Kurzem gegründete Partei bisher noch nicht stabilisieren.

Paniagua hat ein Team von Wirtschaftswissenschaftlern um sich versammelt, welches einen ersten Entwurf für ein Regierungsprogramm erarbeiten soll. Darin wird u.a. eine Reform des Erziehungswesens, eine aktive Industrie- und Agrarpolitik sowie eine differenzierte Privatisierungspolitik und eine stärkere Rolle des Staates gefordert.

Alan García und die „APRA“ treten auf der Stelle

Während die Zustimmung für García bis Mitte 2005 bei konstant 20% lag, ist man danach auf 15% – 16% abgerutscht und konnte sich lange nicht wieder erholen. Das hat mehrere Gründe: An der „APRA“ und ihrem Vorsitzenden scheiden sich nach wie vor die Geister. Während man auf der einen Seite über mehr Stammwähler verfügt als alle anderen Mitbewerber, ist man auch mit mehr Ablehnung konfrontiert. 41% würden nach der neuesten Umfrage auf keinen Fall der „APRA“ ihre Stimme geben. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Im Jahre 1990 hatte die Partei nach einer 5-jährigen Regierungszeit ein Land im wirtschaftlichen und politischen Chaos hinterlassen. Viele der damaligen Funktionsträger hatten sich, Präsident García eingeschlossen, reichlich aus der Staatskasse bedient.

In den letzten Monaten ist die Partei durch ihre Anpassungsfähigkeit aufgefallen. Alan García ist dabei mit atemberaubender Geschwindigkeit von Links nach Rechts, dann in die Mitte gesprungen, um dann zwischen den Stühlen zu landen. Neue politische Freunde bzw. Vertrauen hat dies nicht gebracht, allerdings ist ein Teil der bisherigen Sympathisanten verunsichert worden. Möglicherweise hat man in den letzten Tagen den richtigen Ton gefunden. In einer noch nicht veröffentlichten Umfrage liegt Partei bei 18%.

Die „APRA“ hat die versprochene Runderneuerung zwar nicht geschafft, aber es gibt erste konkrete Schritte in Richtung inhaltlicher und personeller Erneuerung.

Sollte man den Sprung an die Regierung schaffen, würde man sich irgendwo in der Mitte ansiedeln und sich alle Mühe geben – dies gilt vor allen Dingen für A. García selbst – die früheren Fehler wieder gutzumachen. Das von dem politischen Gegner aufgebaute Katastrophenszenario im Falle eines „APRA“-Sieges ist also weit von der Realität entfernt. Im Gegenteil: Wegen der vorhandenen nationalen und dezentralen Strukturen der Partei und einer zuverlässigen Parlamentsfraktion wäre die Politik wahrscheinlich berechenbarer als die der meisten Mitbewerber.

Ollanta Humala, der neue Stern am Horizont

Der Offizier Ollanta Humala hat zum ersten Mal öffentlich auf sich aufmerksam gemacht, als er zusammen mit seinem Bruder Antauro im Oktober 2000 einen Putschversuch gegen den damaligen Präsidenten Fujimori inszenierte. Nach kurzem Gefängnisaufenthalt wurden beide Brüder begnadigt. Während Ollanta zunächst als Militärattaché an die Botschaft in Paris und dann nach Seoul „abgeschoben“ wurde, kümmerte sich Antauro um die nationalistische bis faschistische „Partido Etnocacerista“, die schon vom Vater der beiden gegründet wurde.

Die von ihm gegründete „PNP/Partido Nacionalista del Perú“ hat den faschistischen Erbteil des Vaters aber hinter sich gelassen. Außerdem ist es Ollanta Humala gelungen, sich auch formal hoffähig zu machen. Für die Wahlen hat er nämlich Unterschlupf bei der „UPP/Unión por el Perú“ gefunden, einer Partei, die vor 10 Jahren von Javier Pérez de Cuéllar, der gerade seine Amtszeit als UN-Generalsekretär beendet hatte und gegen Fujimori die Wahlen gewinnen wollte, gegründet wurde.

Er hat sich inzwischen also erfolgreich von der Rolle des „Schmuddelkindes“, als welches ihn ein Teil der Medien dargestellt hatte, emanzipiert. Eine klare inhaltliche Zu- bzw. Einordnung seiner Positionen aber ist nicht möglich. Sie bestehen aus einem linkem Nationalismus, der Anleihe sowohl bei Velasco Alvarado, der in den Jahren '68 bis '74 einer linken Militärjunta vorgestanden hatte, als auch bei seinem Nachbarn Hugo Chávez nimmt. Darüber hinaus prägen starker Autoritarismus, der mit dem Einfluss

durch den dominierenden Vater und der eigenen Militärlaufbahn zu tun hat sowie ein verschwommener Ethnozentrismus, der sich aber weniger auf die Minderheiten als auf Peru als Nation bezieht, seine Standpunkte. Durch die Ernennung von Gonzalo García als Vizepräsidentenchaftskandidaten, einem ausgewiesenen und erfahrenen Ökonomen, der zuletzt dem Vorstand der Zentralbank angehört hat und für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik steht, hat Humala klar gemacht, dass er an den Eckpfeilern der Wirtschaftspolitik nicht rütteln will.

Ollanta Humala bezieht seine Unterstützung in erster Linie von der breiten Bevölkerungsschicht, die nicht nur von der jetzigen Regierung, sondern vom gesamten politischen System enttäuscht ist. Es handelt sich also mehrheitlich um Protestwähler, deren Sympathien bis zu dem missglückten Rückkehrversuch Fujimori galten. Nationalisten verschiedener Couleur gehören ebenfalls zu seinen Anhängern.

Fujimori kommt möglicherweise zurück, aber nicht in den Präsidentenpalast

Die Chancen für Fujimori und seine Leute noch einmal das Ruder übernehmen zu können, sind durch die missratenen Rückkehrversuche und den gleichzeitigen Aufstieg von Ollanta Humala nahe bei Null angelangt. Die Regierung Perus hat Anfang Januar der chilenischen Regierung einen Auslieferungsantrag übergeben. Das Wahlgericht hat seinen über die Tochter eingereichten Antrag auf Einschreibung als Kandidat abgelehnt. Bei einer Rückkehr wartet also eher das Gefängnis als der Stuhl des Präsidenten.

Wo bleibt die Linke?

Die politische Linke ist uneinig und zersplittert: Am äußersten linken Rand bewegt sich „MNI/Movimiento Nueva Izquierda“. Tonangebend ist „Patria Roja“, eine maoistische Gruppe mit starkem Einfluss in der Lehrgewerkschaft des Landes. Mit von der Partie ist außerdem der früher nach Moskau orientierte Gewerkschaftsdachverband CGTP und einige kleine Gruppen. Man hat zwar keine klaren programmatischen Vorstellungen, verfügt dafür aber über viel Konfliktpotenzial.

Anders verhält es sich mit dem „Partido Socialista“, wie die Gruppe um den Kongressabgeordneten Javier Diez Canseco seit Mitte Oktober heißt. Diez Canseco ist einer der wenigen herausragenden Parlamentarier dieser Legislaturperiode, der sich durch sein Engagement zur Sozi-

al-, Handels- und Wirtschaftspolitik die Anerkennung nicht nur seiner politischen Freunde verschafft hat. Zu dem Team gehören außerdem Nicolás Lynch, der fast zwei Jahre unter Toledo als Erziehungsminister eine gute Figur gemacht hatte und andere renommierte Intellektuelle, die führende Positionen bei verschiedenen Nichtregierungsorganisationen des Landes ausüben und bei der Ausgestaltung des bisherigen Transitionsprozesses oft eine wichtige Rolle spielen. Die Partei tritt bei den Wahlen alleine an, mit Diez Canseco als Spitzenkandidat.

Auf dem rechten Rand der Linken hat sich die „PDS/Partido por la Democracia Social“ unter Susana Villarán angesiedelt. Die Partei wollte ursprünglich mit dem „Frente de Centro“ antreten. Wegen Meinungsverschiedenheiten mit einigen führenden Mitgliedern von „AP“ hat man diesen Schritt jedoch nicht vollzogen und tritt jetzt mit S. Villarán als Spitzenkandidatin unter dem Namen „Concertación Descentralista“, unterstützt durch Yehude Simon, dem Regionalpräsidenten von Lambayeque, an.

Alle drei Linksparteien sind neu, ihre Einschreibung erfolgte erst in den letzten Wochen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nur mit sehr viel Glück die 4%-Hürde überspringen werden. Falls sie dies nicht schaffen, verlieren sie auch wieder ihre Einschreibung und damit die formale Existenzberechtigung. Im Falle des „MNI“ wäre damit dem Land kein Schaden zugefügt. Anders verhält es sich mit den beiden anderen Gruppen, deren Existenz und Konsolidierung einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der Parteienlandschaft darstellen würde. Auch bei der Diskussion um den zukünftigen Weg des Landes würden wichtige Elemente und Inputs fehlen.

Die ungewisse Zukunft der bisherigen Regierungspartei

Nach langem Gezerre hat sich „Perú Posible“ entschlossen, mit Rafael Belaunde, einem Sohn des früheren Präsidenten Fernando Belaunde, als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Belaunde ist parteilos und hat noch vor einigen Wochen zu den Kritikern der Toledo-Regierung gehört. „Perú Posible“ und Toledo verbinden mit seinem Namen die Hoffnung, dass man nicht sofort nach den Wahlen von der politischen Bühne verschwinden wird, sondern mit einer kleinen Parlamentsfraktion noch die Gnadenfrist einer Legislaturperiode eingeräumt bekommt. Die bisherigen Umfragen lassen dies aber eher als Illusion erscheinen.

Auch der „FIM/Frente Independiente Moralizador“ unter Fernando Olivera, der bis vor kurzem einige Minister stellte, wird dieses Schicksal teilen. Der Clan unter Olivera hat in den vergangenen Jahren fast nur mit Querelen und Intrigen gepunktet, und man wird seinen Abgang dankend zur Kenntnis nehmen.

Ein erster Ausblick

Von den drei Alternativen, nämlich „Weiter so“ (Lourdes Flores), „Reformen mit Augenmass“ (Paniagua und García) und „Radikaler Wechsel“ (Humala) sind nach heutigem Stand die Aussichten für die beiden extremen Alternativen am Besten.

Trotzdem hat die Mitte noch eine Chance. Sollte nämlich einer der beiden, García oder Paniagua, in die zweite Runde kommen, hat man sich gegenseitige Unterstützung zugesagt. Dem Land wäre es zu wünschen, weil dadurch am ehesten makro-ökonomische Stabilität und außenpolitisches Gleichgewicht, welches mehr nationale und regionale Autonomie anstreben würde, ohne den direkten Konflikt mit den USA zu suchen, mit einer Politik des sozialen Ausgleichs zu verbinden wären. Nur die Kräfte der politischen Mitte wären – wenn überhaupt – in der Lage, die Interessen der verschiedenen Akteure und Bevölkerungsgruppen zu einer kohärenten Politik zu bündeln, die mittelfristig tragfähig wäre.

Sollte Lourdes Flores gewinnen, müsste sie sich auf eine zahlenmäßig überlegene und inhaltlich gut artikulierte Parlamentsmehrheit der Opposition einstellen. Von dieser wäre im Falle einer nahtlosen Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik starker Widerstand zu erwarten. Entweder sie würde Zugeständnisse machen und damit ihre Förderer vor den Kopf stoßen, oder sie müsste mit einer zunehmenden Polarisierung und Radikalisierung der Bevölkerungsmehrheit rechnen.

Ein Sieg von Humala wäre die Konsequenz der bisherigen Politiken, die die Interessen der Bevölkerungsmehrheit letztlich ausgeblendet haben.

Sein Einzug in den Präsidentenpalast würde aber entgegen der Meinung einiger Mahner weder die Welt noch Peru aus den Angeln heben. Die USA hätten nach Bolivien einen weiteren bedingungslosen Alliierten verloren, und die Regierungen der Region, die mehr wirtschaftliche und politische Autonomie anstreben, hätten einen neuen Mitstreiter.

Eine Regierung unter Humala würde die Privatisierungen von Wasserversorgungsbetrieben und einiger Häfen von der Tagesordnung streichen. Außerdem müssten die internationalen Konsortien, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten, mit einer erhöhten Steuerlast rechnen. Verstaatlichungen wäre aber unwahrscheinlich. Humala würde außerdem versuchen, den mit den USA verhandelten – aber noch nicht ratifizierten – Freihandelsvertrag/TLC zu reformieren.

Ob der Wunsch vieler seiner potenziellen Wähler nach Stabilität und Verbesserung ihrer materiellen Situation in Erfüllung gehen wird, bleibt allerdings fraglich. Die Partei von Humala ist bisher ohne Erfahrung und ohne breite organisierte Basis. Er sucht also Unterstützung und Mitarbeit nach allen Seiten, so dass eine kohärente Mannschaft und eine entsprechende Politik kaum zu erwarten wären.

Anja Dargatz Friedrich-Ebert-Stiftung IEZ/Lateinamerika und Karibik Godesberger Allee 149 Tel.: 0228/883-532 Fax: 0228/883-404 E-Mail: anja.dargatz@fes.de
